

Bieler warnt: Neues Wahlrecht spaltet Gesellschaft und benachteiligt Senioren!

Helmut Bieler kritisiert das geplante Familienwahlrecht als gesellschaftsspaltend und warnt vor Diskriminierung von Pensionisten.



Österreich - Helmut Bieler, interimistischer Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs, hat den Vorschlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) scharf kritisiert. Die ÖAW beabsichtigt, ein neugestaltetes Wahlrecht einzuführen, welches Familien eine stärkere Stimme gegenüber älteren Menschen geben soll. Bieler bezeichnet diese Idee als gefährlich und warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft, da in einer Demokratie jede Stimme gleich viel wert sein sollte. Er sieht das vorgeschlagene Familienwahlrecht als diskriminierend gegenüber PensionistInnen und Menschen ohne Kinder.

Bieler äußert zudem Bedenken hinsichtlich der Pensionsfinanzierung und betont, dass der Pensionsalarmismus,

der in der Diskussion um Reformen häufig zu hören ist, überzogen ist. PensionsbezieherInnen hätten ihr ganzes Leben lang in das System eingezahlt, und die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen in Österreich sei laut dem Ageing Report der Europäischen Kommission nicht gefährdet.

Finanzielle Stabilität des Pensionssystems

Die Pensionsausgaben in Österreich sind einem moderaten Anstieg unterworfen, wobei bis 2070 die Ausgaben von 13,8 auf 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen werden. Ein Höhepunkt von 14,7 Prozent wird im Jahr 2032 erwartet. Diese stabilen Entwicklungen sind das Ergebnis von umfassenden Pensionsreformen, die nicht zu drastischen Kürzungen der Pensionshöhen geführt haben. Der Ageing Report 2024 bestätigt, dass die Pensionsfinanzierung in Österreich bei guter Systemstabilität bleibt und dass die Reformen positive Effekte zeigen.

Alarmierende demografische Projektionen zeigen, dass der Anteil älterer Menschen bis 2070 um 64 Prozent ansteigen wird, während der relative Pensionsaufwand lediglich um einen halben BIP-Prozentpunkt über den bisherigen Prognosen liegen wird. Es wird darauf hingewiesen, dass zwei Szenarien zur Stabilität der Pensionsausgaben existieren: Die Verbesserung der Beschäftigungsquoten ab 55 Jahren und die Anbindung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung, die als ungerecht empfunden werden könnte.

Reformstrategien und deren Auswirkungen

Der demografische Wandel führt kurzfristig zu einem Anstieg der Pensionsausgaben, gefolgt von einer Phase stabiler Ausgabenentwicklung. Der Bericht des Sozialministeriums unterstreicht die Wichtigkeit der Angleichung der Pensionssysteme für Beamte an die Pensionsversicherung, um die Stabilität weiter zu sichern. Vielseitige Berichte und Studien zum österreichischen Pensionssystem, die im Sozialministerium

veröffentlicht werden, zeigen, dass es an einem richtigen Umgang mit den Herausforderungen des Pensionssektors mangelt.

Insgesamt appellierte Bieler daran, Jung und Alt nicht gegeneinander auszuspielen, sondern die Notwendigkeit zu erkennen, auch für kommende Generationen eine angemessene Altersvorsorge zu gewährleisten. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Reformen im Pensionsbereich einen nachhaltigen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Pensionen haben. Die positive Stabilität des Pensionssystems wird im internationalen Vergleich hervorgehoben.

Für weiterführende Informationen über das Pensionssystem in Österreich und dazugehörige Berichte stehen umfangreiche Ressourcen auf der Webseite des Sozialministeriums zur Verfügung, die vertiefende Einblicke bieten. Die öffentliche Pensionsabsicherung bleibt eine zentrale Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.awblog.at • www.sozialministerium.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at